

# Inhaltsverzeichnis

---

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XVII
<b>Teil 1: Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>I. Problemaufriss .....</b>	<b>3</b>
<b>II. Forschungsfragen und Gang der Untersuchung .....</b>	<b>9</b>
<b>Teil 2: Unionsrechtlicher Rahmen für nationales Glücksspiel .....</b>	<b>11</b>
<b>I. Der Glücksspielbegriff im Unionsrecht .....</b>	<b>13</b>
A. Glücksspiel in der Legislative .....	13
B. Glücksspiel in der Rsp des EuGH .....	15
<b>II. Kohärente Beschränkung des Glücksspielmarktes .....</b>	<b>19</b>
A. Kohärente Zielverfolgung .....	20
B. Reichweite der Kohärenzprüfung .....	22
1. Kohärenz innerhalb eines Glücksspielsektors .....	22
2. Kohärenz außerhalb eines Glücksspielsektors .....	24
3. Kohärenz im Bundesstaat .....	26
4. Kohärenz zwischen den unterschiedlichen Vertriebswegen .....	27
<b>III. Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse .....</b>	<b>29</b>
<b>Teil 3: Das Glücksspielmonopol und seine Durchsetzung .....</b>	<b>33</b>
<b>I. Historische Hintergründe und Ziele des Monopols .....</b>	<b>35</b>
<b>II. Der Glücksspielbegriff im GSpG .....</b>	<b>39</b>
A. Vorliegen eines entgeltlichen Glücksvertrags iSd § 1267 ABGB .....	39
B. Ausschließliche oder vorwiegende Zufallsabhängigkeit .....	43
<b>III. Ausgestaltung des Glücksspielmonopols .....</b>	<b>45</b>
A. Der Ausspielungsbegriff .....	45
1. Unternehmerische Durchführung von Glücksspielen .....	45

2. Einsatz und Gewinn .....	46
B. Ausnahmen vom Glücksspielmonopol .....	47
C. Übertragung von Lotterie- und Spielbankkonzessionen .....	48
<b>IV. Räumlicher Anwendungsbereich des Glücksspielmonopols ....</b>	<b>51</b>
A. Funktionsweise der Datenübertragung im Internet .....	51
B. Teilnahme an einer Online-Ausspielung aus technischer Sicht .....	54
C. Anknüpfungspunkt: Teilnahme vom Inland aus .....	55
1. Ort der Teilnahme als geographischer Anknüpfungspunkt zum Inland .....	55
2. Lokalisierung der Spieler zum Teilnahmezeitpunkt .....	57
a) Geolokalisation des Abruforts .....	57
b) Wohnort ist nicht gleich Abrufort .....	58
3. Einschränkung auf einen hinreichenden Bezugspunkt zum Inland .....	59
4. Ergebnis .....	60
<b>V. Durchsetzung des Monopols nach GSpG .....</b>	<b>63</b>
A. Verwaltungsrechtliche Mittel gegen Veranstalter verbotener Online- Ausspielungen .....	63
1. Verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit .....	63
a) § 52 Abs 1 Z 1 GSpG und der Konnex zum Ausspielungs- begriff .....	64
b) Zu den Tathandlungen im Einzelnen .....	65
c) Subjektive Tatseite .....	67
d) Schwierigkeiten im grenzüberschreitenden Verwaltungs- strafverfahren .....	68
i. Zustellungen im Ausland .....	68
ii. Anerkennung und Vollstreckung von Geldstrafen .....	69
2. Beschlagnahme nach § 53 GSpG .....	71
3. Betriebsschließung nach § 56a GSpG .....	72
4. Ergebnis .....	74
B. Verwaltungsstrafbarkeit anderer Provider, Suchmaschinen und Linksetzer .....	76
1. Access-Provider .....	76
a) Haftungsausschluss bei reiner Durchleitung .....	76
b) Haftungsausschluss bei Zwischenspeicherungen .....	78
2. Host-Provider .....	80
3. Suchmaschinenbetreiber .....	82
4. Linksetzer .....	82
5. Ergebnis .....	83
C. Verwaltungsstrafbarkeit von Zahlungsdienstleistern .....	84
1. Zahlung mit Kreditkarte .....	85
a) Beteiligte an einer Kreditkartenzahlung .....	85

b) Ablauf einer Kreditkartentransaktion beim Online-Glücksspiel .....	87
2. Zahlung mit einer elektronischen Überweisung (E-Banking) ...	87
3. Zahlung mit E-Geld (Prepaid-Produkte) .....	89
4. Tatbeitrag durch die Abwicklung von Zahlungen .....	91
a) Verantwortlichkeit der Kreditinstitute .....	91
b) Verantwortlichkeit der Finanzinstitute nach § 52 Abs 1 Z 1 GSpG .....	92
5. Ergebnis .....	94
D. Werbung für verbotene Online-Ausspielungen .....	96
E. Die subsidiäre Strafbarkeit der Veranstalter und Förderer nach § 168 Abs 1 StGB .....	98
F. Verantwortlichkeit der Spielteilnehmer nach § 52 Abs 5 GSpG ....	100
G. Ergebnis .....	102
<b>VI. Zivilrechtliche Folgen verbotener Ausspielungen .....</b>	<b>105</b>
A. Rückforderung der Spieleinsätze im nationalen Kontext .....	105
B. Rückforderung der Einsätze in grenzüberschreitenden Fällen ....	107
1. Gerichtsstandsvereinbarung in den AGB und Verbrauchergerichtsstand .....	107
2. Vorliegen eines Verbrauchervertrages iSd Art 6 Abs 1 Rom I-VO	111
3. Zulässigkeit einer Rechtswahl .....	112
C. Ergebnis .....	113
<b>VII. Fazit zur (In-)Kohärenz des Online-Monopolsystems .....</b>	<b>115</b>
<b>Teil 4: Verstärkte Rechtsdurchsetzung im Internet .....</b>	<b>117</b>
<b>I. Rechtslage in den ausgewählten Staaten .....</b>	<b>119</b>
A. USA .....	119
1. „Bet or wager“ .....	120
2. Verbot der Zahlungsannahme von im Glücksspielgeschäft tätigen Personen .....	121
3. Mitwirkung aller am Zahlungsverkehr Beteiligten .....	122
a) Sperre illegaler Transaktionen .....	123
b) Das System der Verordnung .....	124
c) Due-Diligence-Prüfung .....	125
d) ACH-Verfahren, Online-Transferdienste, Scheck- und elektronische Überweisungssysteme .....	126
e) Kartensysteme .....	127
f) Haftungsausschluss .....	128
4. Sicherstellung effektiver Durchsetzung .....	128
5. Praktische Auswirkungen .....	129
6. Zusammenfassung .....	131

B. Deutschland	132
1. Verbotenes Glücksspiel iSd GlüStV	132
2. Werbung	134
3. Befugnisse der Glücksspielaufsicht	134
4. Anordnung von Zahlungsblockaden nach § 9 Abs 1 S 3 Z 4 GlüStV	136
a) Voraussetzungen	136
b) Praktische Umsetzungsdefizite	137
5. Anordnung von Web-Sperren	138
6. Zusammenfassung	140
C. Schlussfolgerungen aus dem Rechtsvergleich	141
<b>II. Unions- und verfassungsrechtliche Grenzen zur Umsetzung von Web-Sperren in Österreich</b>	<b>143</b>
A. Web-Sperren aus technischer Sicht	143
1. Ansatz am DNS	143
2. Ansatz an der URL (Sperrung durch Einsatz eines Zwangs-Proxys)	145
3. Ansatz an der IP-Adresse	146
4. Hybride Sperransätze	147
5. Zwischenergebnis für die anschließende rechtliche Beurteilung	148
B. Unionsrechtliche Vorgaben für eine Mitwirkungspflicht	149
1. Grundfreiheiten und Grundrechte als Prüfungsmaßstab	149
2. Die Dienstleistungsfreiheit des Access-Providers	152
a) Anwendungsbereich	152
b) Beschränkung durch Web-Sperren	154
c) Anforderungen an die Ausgestaltung von Web-Sperren	154
i. Keine abschließende Regelung in der E-Commerce-RL oder der NetzneutralitätsVO	155
ii. Legitimes Interesse	155
iii. Eignung	156
iv. Erforderlichkeit	158
v. Angemessenheit	162
d) Zusammenfassung und Ergebnis	165
3. Auslegung im Lichte der GRC	166
a) Freiheit der Wirtschafts- und Geschäftstätigkeit (Art 16 GRC)	167
b) Privatautonomie und freie Ressourcennutzung (Art 16, 17 GRC)	169
c) Schranken zu Art 16 GRC	172
i. Die doppelte Schrankenregelung	172
ii. Wesensgehaltsgarantie	173
iii. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	174
d) Schranken zu Art 17 GRC	175
4. Zusammenfassung und Ergebnis	176

C. Nationale Vorgaben für die Inanspruchnahme des Access-Providers	177
1. Maßstab für verhältnismäßige Mitwirkungspflichten	177
a) Sachlichkeitsgebot (Art 7 B-VG, Art 2 StGG)	178
b) Erwerbsfreiheit (Art 6 StGG)	181
c) Eigentumsrecht (Art 5 StGG)	183
2. Reichweite einer Sperranordnung	185
a) Gebot hinreichender Determinierung der Sperrverfügung	185
b) Access-Provider als Verwaltungshelfer	186
3. Sachadäquate Inanspruchnahme und Rechtsschutz	187
a) Handlungsformen zur Anordnung einer Sperrverfügung	187
b) Sachadäquate Ausgestaltung eines Verwaltungsverfahrens	190
4. Staatliche Ingerenz und Haftung(sbeschränkung) als Rechtsfolgen	193
5. Sachlich adäquate Kostenbelastung	194
6. Sicherstellung eines gleichheitskonformen Vollzugs	196
7. Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse	197
D. Rechtswirkungen für den zu sperrenden Glücksspielveranstalter	198
1. Anordnung nach fortgesetztem Verstoß gegen das Glücksspielmonopol	198
2. Verfahrensrechtliche Stellung des zu sperrenden Glücksspielveranstalters	201
E. Over-blocking	203
1. Sperre legaler Inhalte	203
2. Zurechnung und Rechtsschutz	206
F. Zusammenfassung mit Vorschlag einer Regelung für Web-Sperren	208
<b>III. Unions- und verfassungsrechtliche Grenzen zur Umsetzung von Zahlungsblockaden in Österreich</b>	<b>211</b>
A. Bestehende due-diligence-Pflichten zur Verhinderung von Geldwäsche	211
B. Unionsrechtliche Vorgaben für eine Mitwirkungspflicht	213
1. Dienstleistungsfreiheit (Art 56 AEUV)	214
a) Anwendungsbereich	214
b) Beschränkung durch Zahlungsblockaden	215
c) Anforderungen zur rechtmäßigen Ausgestaltung von Zahlungsblockaden	216
i. Keine abschließende sekundärrechtliche Regelung	216
ii. Legitimes Interesse	217
iii. Eignung	217
iv. Erforderlichkeit	220
v. Angemessenheit	222
2. Auslegung im Lichte der unternehmerischen Freiheit (Art 16 GRC)	226
3. Auslegung im Lichte des Eigentumsgrundrechts	227

4. Zusammenfassung und Ergebnis .....	228
C. Nationale Vorgaben für Mitwirkungspflichten .....	230
1. Grundrechtlicher Prüfungsmaßstab .....	230
2. Sachlich adäquate Inanspruchnahme und Rechtsschutz .....	231
a) Sorgfalts-, Überwachungs- und Meldeverpflichtungen .....	231
b) Handlungsform und Verfahren zur Erlassung einer Sperr- verfügung .....	232
c) Sperrvollzug durch Zahlungsdienstleister .....	233
3. Staatliche Ingerenz und Haftung .....	234
4. Sachlich adäquater Kostenersatz .....	234
5. Sicherstellung eines gleichheitskonformen Vollzugs .....	235
6. Ergebnis .....	236
D. Rechtswirkungen für Veranstalter verbotener Ausspielungen .....	237
1. Zahlungsverkehrs- und Dienstleistungsfreiheit .....	237
a) Sachlicher Anwendungsbereich der Kapital- und Zahlungs- verkehrs-freiheit .....	238
b) Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich der Zahlungs- verkehrs-freiheit .....	242
2. Beschränkung des freien Zahlungs- und Dienstleistungsverkehrs	242
3. Rechtfertigung und Auslegung im Lichte der Grundrechte .....	244
4. Verfahrensrechtliche Stellung des Online-Glücksspielanbieters	245
5. Ergebnis .....	246
E. Over-blocking .....	247
1. Sperre legaler Transaktionen .....	247
2. Zurechnung und Rechtsfolgen .....	248
F. Zusammenfassung mit Vorschlag einer Regelung für Zahlungs- blockaden .....	249
<b>Zusammenfassung in Thesen .....</b>	<b>253</b>
<b>Verzeichnisse und Anhang .....</b>	<b>265</b>
<b>I. Literaturverzeichnis .....</b>	<b>267</b>
<b>II. Judikaturverzeichnis .....</b>	<b>291</b>
<b>III. Anhang .....</b>	<b>303</b>
Über die Autorin .....	307